Sonntag, 19. August 2018

Heimaufenthalte angerechnet: Bund zahlt 13 NS-Opfern weniger Rente

Insgesamt geht es um einen für den Staat marginalen Betrag. Für die Opfer der Nationalsozialisten geht es um Würde. Mit diesen Argumenten plädiert die Links-Partei an die Bundesregierung, eine "beschämende" Regelung abzuschaffen.

Wegen eines Aufenthalts in einem Pflegeheim hat die Bundesregierung 13 Opfern des Nationalsozialismus die Entschädigungen gekürzt. Sie erhalten nur noch 352 Euro im Monat, wie aus einer Antwort der Parlamentarischen Finanz-Staatssekretärin Bettina Hagedorn an die Linke-Fraktion hervorgeht. Das Ministerium argumentiert, dass bei einem Umzug in ein Heim andere Einrichtungen hinzutreten, die Kosten übernehmen und sich damit der finanzielle Bedarf ändere.


Ministerium äußert sich nicht


Die Linke will nun zügig einen Antrag in den Bundestag einbringen, um die Kürzungsregelung bei einem Umzug in ein Pflegeheim aufzuheben. "Diese Regelung ist überhaupt nicht nachvollziehbar und hochgradig beschämend", sagte der Fraktionsgeschäftsführer Jan Korte. "Für den Staat geht es hier um Peanuts, für die wenigen überlebenden Opfer geht es hingegen um ihre Würde und zum Teil existenzielle Fragen."

Quelle: n-tv.de